

(Abgeordneter Sindermann.)

A) genau so wie in bezug auf die Landesverteidigung jedes einzelnen Landes. Aber im großen und ganzen muß es unsere Aufgabe sein, zu besseren Handelsverträgen zu kommen, und deswegen müssen selbstverständlich die Getreidezölle mit ihrem Einfuhrscheinsystem beseitigt werden.

Nun hat man in der neuesten Zeit — und es ist ja auch überall eine lebhaftere Propaganda dafür gemacht worden — durch Industriebeiräte, durch wirtschaftliche Ausschüsse usw. soviel wie möglich die einzelnen Interessen der betreffenden Industrien wieder zu vertreten gesucht, aber kein Mensch spricht davon, daß man auch die Arbeiter hinzuziehen soll. Es sind in der deutschen Industrie 8 Millionen erwachsene männliche Industriearbeiter vorhanden. Hat schon jemals einer nach denen gefragt? Man sagt wohl so im Laufe des Gespräches: Ja, wir fordern bessere Handelsverträge, weil auch die Arbeiter Vorteile davon haben, und für den deutschen Arbeiter ist es schon besser, wenn er 15 Prozent für Lebensmittel mehr bezahlt unter der Wirkung der Handelsverträge, als wenn er unter Arbeitslosigkeit zu leiden hätte. Es ist ja ganz gut, was da gesagt wird, aber die Lebensmittel haben sich infolge der Zollpolitik bei einigen Artikeln bis zu 38 Prozent verteuert — damit hat der deutsche Arbeiter zu rechnen —, während die Löhne durchschnittlich nur um 10 Prozent gestiegen sind. Das heißt mit anderen

B) Worten: Deutschland ist ein großes Exportland geworden, die Zahlen des deutschen Exports sind von Jahr zu Jahr gestiegen. Erst vorgestern hat ja Herr Dr. Stresemann seine große Befriedigung darüber ausgesprochen, daß gerade die sächsische Industrie in den letzten Jahren sehr vorteilhaft exportiert hat. Wenn man das konstatieren kann, so muß man sich fragen: Hat sich die Lage des werktätigen Volkes wesentlich gebessert, ist sie wenigstens in bezug auf die Menschenwürde etwas gestiegen? Wenn wir auf der einen Seite konstatieren: an Löhnen werden 10 Prozent mehr bezahlt, aber die Lebensmittel sind bis zu 30 Prozent gestiegen —

(Widerspruch.)

das ist statistisch festgestellt, da können Sie hundertmal sagen: Es ist nicht wahr —, wenn das festgestellt ist, meine Herren, muß man da nicht sagen: keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung hat sich bemerkbar gemacht?

Nun müßte man sich auch bei der Gestaltung der Handelsverträge im wesentlichen von dem Gesichtspunkte leiten lassen: Wie wirken bessere Handelsverträge auf die Arbeiterschaft? Es ist selbstverständlich, daß ich dafür eintrete, daß man überall die Meistbegünstigungsverträge, die man auch jetzt wieder England unter der Hand zugesichert hat, auch für die anderen Staaten fordert.

Mit dem Herrn Abgeordneten Günther darüber zu diskutieren, daß wir Freunde von Trusts sind, das ist nicht angebracht, um deswillen, weil wir die Auswüchse sowohl der Trusts wie der Kartelle und Syndikate überall bekämpfen, Auswüchse in jeder Beziehung brandmarken und Abstellung von Mißständen, die durch diese Trusts, Kartelle und Syndikate hervorgerufen worden sind, auf gesetzgeberischem Wege fordern. Es ist aber auch ebenso selbstverständlich, daß man, wenn man auf der einen Seite gegen die Trusts vorgeht, auf der anderen Seite gegen alle kapitalistischen Vereinigungen vorgehen muß, die sich im wesentlichen nur das Ziel gesetzt haben, auf dem Weltmarkte zu konkurrieren, aber keine Rücksicht nehmen auf die Höhe der Löhne der Arbeiter. Darüber noch zu diskutieren, was wir unter Auswüchsen verstehen, das halte ich nicht für notwendig, ebenso wie ich eine Exkursion in den Zukunftsstaat mit dem Herrn Abgeordneten Günther ablehne. Ich glaube ganz gern, daß er sich in einem Zukunftsstaate nicht wohlfühlen würde.

(Zurufe.)

Aber ich kann versichern, daß genau so gut, wie im Zukunftsstaate konservative Muttermilch verschwinden wird, auch der freisinnige Quark verschwindet.

(Heiterkeit. — Abgeordneter Dr. Dietel: Ohne Witze geht es niemals ab!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Günther.

Abgeordneter Günther: Meine Herren! Noch einige Ausführungen habe ich hier zu machen, um keine Märchenbildung aufkommen zu lassen, wie es dem Herrn Vorredner beliebte. Er nahm Bezug auf die Verhandlungen im Reichstage im Jahre 1902, als die Zolltarifnovelle mit 946 Positionen zur Verhandlung stand. Die Verhandlungen drohten zu scheitern. Die dem Bunde der Landwirte angehörenden Mitglieder des Reichstages waren mit dem Vorschlage, die Zölle auf 5 M. für den Doppelzentner Roggen und auf 5 M. 50 Pf. für Weizen festzusetzen, nicht einverstanden; man wünschte, die Zölle, wenn ich mich recht entsinne, auf 7 M. 50 Pf. festgesetzt zu haben. Da war es der inzwischen verstorbene Abgeordnete Bebel, der in Hamburg den Kampf gegen die Reichstagsmehrheit ankündigte und der so und so viele namentliche Abstimmungen in Aussicht stellte. Diese Ankündigung schon wirkte so, daß sich die Parteien, die sich über die verschiedenen Zollsätze nicht einigen konnten, zusammenfanden. Das Bündnis, das gewissermaßen hierdurch zwischen den verschiedenen nach höheren Zöllen strebenden Parteien im Reichstage her-